

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Auf einer Pressekonferenz hat Landesgeschäftsführer Roland Pahl (Mitte) das Ergebnis der Mitgliederbefragung im Treffpunkt KWADRAT verkündet: Sascha Karolin Aulepp (rechts) erhielt 1.327 Stimmen und Mustafa Güngör (links) 591 Stimmen.

GUTE BETEILIGUNG – KLARE ENTSCHEIDUNG

Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen

Sascha Karolin Aulepp ist die designierte Vorsitzende der SPD im Land Bremen. Doch der Reihe nach: Bereits im September 2015 hatte Dieter Reinken angekündigt, im Frühjahr 2016 bei den Organisationswahlen nicht mehr für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren zu wollen. Das Vorhaben, eine Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes durchzuführen, selbstverständlich unter der Bedingung, dass es mehr als eine Bewerbung gibt, hatte der Landesvorstand auch bereits im vergangenen Jahr angekündigt. Als klar war, diese Bedingung wird erfüllt sein, beschloss der Landesvorstand am 15. Januar 2016 die Richtlinie zur Durchführung des Mitgliedervotums. Mit Sascha Karolin Aulepp aus dem Ortsverein Altstadt-Mitte und Mustafa Güngör aus dem Ortsverein Osterholz gingen dann zwei Bremer Bürgerschaftsabgeordnete ins Rennen. Sie stellten sich und ihre Vorhaben in einer Reihe von den Unterbezirken organisierten Veranstaltungen vor.

Die Mitgliederbefragung wurde als reine Briefwahl durchgeführt. Bis zum Ablauf des 15. Aprils mussten die Voten im für die Mitgliederbefragung eingerichteten Postfach eingegangen sein. Am Samstag, 16. April 2016 war es dann endlich soweit: Im Treffpunkt KWADRAT in der Bremer Neustadt fand die parteiöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen statt.

Pünktlich um 8:00 Uhr lieferte die Post alle Wahlbriefe zur Auszählung an. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK) bestehend aus zwölf ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen aus dem Landesvorstand und den drei Unterbezirken, unterstützt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbüros machten sich umgehend an die Arbeit – bereits nach etwas mehr als vier Stunden war auch der letzte Stimmzettel gezählt und das Ergebnis stand fest.

2.048 der 4.283 stimmberechtigten Genossinnen und Genossen im Land Bremen haben ihre Wahlunterlagen voll-

ständig zurückgeschickt und konnten bei der eigentlichen Auszählung berücksichtigt werden. Hinzu kamen leider 313 unvollständige Wahlunterlagen – eine Gesamtbeteiligung von insgesamt 55,1 Prozent. Für die politische Verbindlichkeit war ein Beteiligungsquorum von 20 Prozent gesetzt, dieses konnte somit klar erreicht werden.

Sascha Karolin Aulepp erhielt 1.327 (65,18 Prozent) der abgegebenen gültigen Stimmen, 591 Stimmen (29,02 Prozent) entfielen auf Mustafa Güngör. 118 Mitglieder (5,8 Prozent), enthielten sich der Stimme, 12 Stimmzettel waren ungültig. Damit ist Sascha Karolin Aulepp der Wahlvorschlag des Landesvorstandes für die Wahl der/des Landesvorsitzenden auf dem am 30. April 2016 stattfindenden Landesparteitag.

Danke Mustafa! Herzlichen Glückwunsch Sascha! Es war ein fairer Wettbewerb. Gewinner ist auch unsere Partei – die Bremer SPD ist eine lebendige Partei! ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Karen Schuster.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

„WIR MÜSSEN SAGEN, WAS WIR TUN WERDEN – UND DANACH DAS TUN, WAS WIR GESAGT HABEN“

Die designierte Bremer SPD-Landesvorsitzende Sascha Aulepp im Interview

Und? Wie hast Du den Tag nach der Auszählung der Stimmen verbracht? Erst einmal habe ich mich gefreut über die hohe Beteiligung und darüber, dass mir so viele ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Und darauf habe ich abends mit meiner Familie und Freunden angestoßen.

Du warst ja nicht die einzige Kandidatin – auch Mustafa Güngör ist angetreten und naturgemäß hat so ein Wahlkampf etwas Polarisierendes ... Ich habe das nicht so empfunden. Zwischen Mustafa und mir gab und gibt es keine Gräben. Wir sind fair miteinander umgegangen, wir haben viele gemeinsame Ziele und ich schätze seinen Rat – auch zukünftig. **Zu den innerparteilichen Themen: Wo siehst Du Handlungsbedarf? In der Vergangenheit gab es beispielsweise eine Strukturdebatte, die für einigen Wirbel gesorgt hat ...** Die SPD muss sich veränderten Voraussetzungen anpassen. Auch Strukturen dürfen kein Selbstzweck sein! Dennoch: Die Ortsvereine und Unterbezirke haben eine wichtige Funktion. Veränderungen dürfen keinesfalls von oben nach unten, sondern nur gemeinsam mit der Parteibasis angepackt werden. Eines ist mir bei den Veranstaltungen, bei denen ich mich in den Ortsvereinen und Unterbezirken vorstellen durfte, noch einmal richtig bewusst geworden: Die Genossinnen und Genossen vor Ort sind nicht nur die eigentlichen Experten, sondern das Herz der Partei.

Was meinst Du damit konkret? Ich bin der Überzeugung, dass wir uns stärker als bisher um jedes aus der Entfernung vielleicht auch als „verzichtbar“ erscheinende Projekt in den Stadtteilen bemühen müssen. (lachend) Ich drohe jetzt schon mal an: Ich werde mich in den Ortsvereinen blicken lassen und deren Themen auch im Landesvorstand auf die Agenda bringen. Darüber hinaus will ich mich dafür einsetzen, dass wir auch neue Formen der Auseinandersetzung und Diskussion finden, um insbesondere auch jüngere Leute einzubinden.

Wie stellst Du dir das vor? Unsere Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften beschäftigen sich engagiert mit den Entwicklungen vor Ort oder bei speziellen Themen. Daneben sollten wir aber auch kurzfristigere Beteiligungsmöglichkeiten anbieten. Keine dauerhaften Gremien, sondern eben Formen, in denen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – gern auch gemeinsam mit Engagierten ohne Parteibuch – zusammentun, um aktiv ein Projekt auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Junge Leute seien poli-

tikverdrossen, heißt es immer wieder – ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Aber viele von ihnen engagieren sich oft lieber in Projekten und Aktionen, deren Ziele schnell erreicht werden können. Und die gerne auch einen „Hauch von Abenteuer“ haben dürfen, um einen Parteienforscher zu zitieren. Genau das sollten wir ermöglichen.

Aber lässt sich damit das Vertrauen in die Politik, dass viele Menschen offenbar verloren haben, zurückzugewinnen? Es kann ein Beitrag dazu sein. Aber generell gilt: Vor allem müssen wir vorher sagen, was wir tun werden – und hinterher das tun, was wir gesagt haben. Die Sozialdemokratie braucht in Bremen und bundesweit klare Antworten. Die Einführung des Mindestlohns war so ein Punkt, wo das gut geklappt hat. Aber wir müssen auch offen und ehrlich mit Fehlern umgehen: zunehmende Leiharbeit und das Erstarken des Niedriglohnsektors sind Themen, bei denen wir klar sagen müssen: Es ist nicht alles gut, was Arbeit schafft. Uns muss es um gute Arbeit gehen! Und wir müssen die Menschen in den Fokus nehmen, die ansonsten keine Lobby haben – dazu gehört auch, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Die Erbschaftsteuer, die Vermögenssteuer und die Einkommenssteuersätze derjenigen, die mehr haben – das sind Themen, die nicht passé sein dürfen und bei denen wir auch als Bremer SPD dafür sorgen müssen, dass sie auf der bundespolitischen Agenda stehen.

Und welche Akzente stellst Du Dir für Bremen vor? Gibt es angesichts der finanziellen Situation des Bundeslandes überhaupt noch politischen Gestaltungsspielraum? Ja, den gibt es sehr wohl – und er wird genutzt. Ein Beispiel dafür ist das 500er Programm, das der Senat bereits im Haushalt hinterlegt hat. Mit diesem Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes setzen wir klare Zeichen – und zwar nicht um dafür gelobt zu werden, sondern um Menschen, die lange Zeit von Transferleistungen abhängig waren, wieder in Arbeit zu bringen. Klar ist aber auch: Wir müssen mit Mut und Konsequenz um Gestaltungsspielräume kämpfen.

Kein leichter Kampf, mit der Schuldenbremse vor Augen ... aber wir haben gute Argumente auf unserer Seite: Bremen steht beispielsweise durch die Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen, die bei uns Schutz suchen, vor einer völlig neuen, in ihrer Dimension bis vor zwei Jahren gar nicht absehbaren,

zusätzlichen Aufgabe, die eben auch zusätzliche Mittel erfordert. Der Bund muss dafür sorgen, dass die Kommunen das auch schultern können. Diese Hilfe steht uns – wie auch den übrigen Kommunen – zu. Mut machen mir außerdem die Verabredungen auf Länderebene zur künftigen Ausgestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Ja, wir müssen in Bremen weiter auf Konsolidierungskurs bleiben – aber dieser Kurs muss nachhaltig sein. Jetzt Strukturen abzubauen, die man später wieder weit aus kostenintensiver aufbauen muss, ist keine Lösung. Das gilt insbesondere für die politischen Schwerpunkte, mit denen wir als SPD antreten.

Die da wären? Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen Perspektiven – gerade die Themen Kinderbetreuung und Bildung müssen im Fokus stehen. Und wir sind bei der Ausbildungsgarantie in der Pflicht, noch besser zu werden. Darüber hinaus müssen wir preiswerten Wohnraum schaffen und weiterhin um Ausbildungs- und Arbeitsplätze kämpfen. Am Ende geht es um soziale Gerechtigkeit – und das heißt für mich auch, dass wir insbesondere die Stadtteile, wo die Menschen eben nicht auf Rosen gebettet sind, noch deutlicher unterstützen müssen.

Klingt gut – ist aber kein leichter Job für eine Koalition mit übersichtlicher Mehrheit ... Gute Politik kann man auch mit knapper Mehrheit machen, Mehrheit ist Mehrheit. Wir haben uns für unseren Koalitionspartner aufgrund von inhaltlichen Übereinstimmungen entschieden, nicht aufgrund der Zahl von Abgeordneten und bequemen Mehrheiten. Und so ist es auch richtig, auch das gehört zur Glaubwürdigkeit von SPD-Politik. ■

Das Interview mit Sascha Karolin Aulepp führte Matthias Koch für das bremerFORUM.

Kontakt:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Sascha Aulepp
Obernstraße 39 – 43,
28195 Bremen
Mail: sascha.aulepp@spd-bremen.org



Wir trauern um Hans Koschnick

*2. April 1929 † 21. April 2016

**Ein großer Bremer Sozialdemokrat.
Er bleibt uns ein Vorbild.**



VERLÄSSLICHKEIT FÜR SCHULEN ERHALTEN

Bürgerschaft bringt auf Initiative der SPD-Fraktion externe Überprüfung des Bildungskonsens auf den Weg

Im Jahr 2008 wurde der Bremer Bildungskonsens von SPD, Grünen und CDU unterzeichnet. Ziel war es, die Debatte über Schulstrukturen zu beenden und eine verlässliche Grundlage für das Schulsystem zu schaffen. Das ist gelungen. Nun haben alle Fraktionen der Bürgerschaft einen Antrag beschlossen, der eine Überprüfung der damaligen Schulreform und eine Weiterentwicklung des Bildungskonsenses zum Ziel hat.

Etwas mehr als acht Jahre ist er mittlerweile alt: der Bremer Bildungskonsens, der die Grundlage für die Schulreform lieferte. „Dieser historische Kompromiss hat bundesweit Nachahmer gefunden und gibt vor allem den Eltern, den Schülerinnen und Schülern aber auch den Lehrkräften Planungssicherheit“, lobt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör, die seinerzeit erzielte Einigung und ihre Folgen. „Die



Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher

Schulen haben damit Zeit sich zu entwickeln, und diese Zeit brauchen sie auch.“

Vereinbart hatten SPD, Grüne und CDU seinerzeit auch, dass es nach acht Jahren eine Überprüfung der Inhalte des Konsenses geben soll. Und diese Evaluation wird nun angegangen: In einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, CDU, Linken und FDP sind dazu die Schwerpunkte für die Überprüfung benannt. Externe Experten sollen bewerten, ob die Verbesserungen, die man sich erhofft hatte, auch tatsächlich eingetreten sind.

» **Die Schulen haben dank des Konsens Zeit sich zu entwickeln – und diese Zeit brauchen sie auch.** «

Güngör betonte, das Ziel für die Weiterentwicklung des Schulsystems bleibe damals wie heute, die Qualität von Schule und Unterricht zu erhöhen und die Herkunft vom Bildungserfolg zu entkoppeln. „Es geht konkret um die Steigerung der Bildungsbeteiligung aller Kinder, der Verbesserung der Durchlässigkeit und der Anschlussfähigkeit des Schulangebotes sowie um die Reduzierung der Quoten von Wiederholern, Abbrechern und Schulverweigerern“, nennt er die Zielrichtung.

Güngör zeigte sich daher auch überzeugt, dass man mit der Schulreform, die als Folge des Bildungskonsens umgesetzt wer-

den konnte und in deren Zuge in Bremen flächendeckend ein zweigliedriges Schulsystem aus Oberschulen und Gymnasien eingeführt hatte, in die richtige Richtung gegangen ist. „In der Vergangenheit war das Schulsystem ‚Weltmeister‘ im Sortieren der Kinder“, sagte er, „falsche Weichenstellungen haben Biografien negativ beeinflusst und Bildungserfolge erschwert. Darauf haben wir reagiert. Und es war richtig, allen Schülerinnen und Schülern gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen – trotz der Probleme, die wir an einigen Stellen haben.“

In der nun auf den Weg gebrachten externen Überprüfung sieht der Sozialdemokrat eine echte Chance auch neue Herausforderungen anzugehen: „Wir müssen auf die Realität reagieren: Die Institution Schule hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert und ist 2016 nicht mehr die selbe wie 2008“, so Güngör.

Die Ergebnisse der Bewertung sollten dann mit einer Agenda den politischen Parteien den Start in den erneuten Konsensverhandlungen ermöglichen, sagt Güngör. „Es ist bis dahin noch ein weiter Weg, aber ich hoffe wir schaffen das“, erklärt er und betonte: „Die SPD hat ein großes Interesse daran, den Schulfrieden fortzusetzen.“ Dass sich alle Fraktionen der Bürgerschaft hinter dem Antrag versammeln konnten, wertete er dabei als Signal. „Das ist ein gutes Zeichen, für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.“ ■

DER BILDUNGSKONSENS

Der „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“ wurde im Jahr 2008 von SPD, Grünen und CDU unterzeichnet. Er bildete die Basis für die Schulreform im Jahr 2009 und hatte vor allem ein Ziel: Strukturdebatten sollten in den kommenden zehn Jahren nicht mehr geführt werden. Die Schulen erhalten Ruhe und Verlässlichkeit, um sich entwickeln zu können.

So ist im Konsens der Weg zu einem einheitlichen, zweigliedrigem allgemeinbildenden Schulsystem festgehalten. Die acht bestehenden, durchgängigen Gymnasien erhielten eine Bestandsgarantie, alle anderen Schulen wandelten sich zu Oberschulen.

Der Konsens gilt zehn Jahre. Nach acht Jahren ist eine Bilanzierung des Erreichten verabredet. Diese Bilanz wird nun mit dem Auftrag zur externen Evaluation in Angriff genommen. Dabei haben sich die Fraktionen der Bürgerschaft auf Schwerpunkte geeinigt, die insbesondere betrachtet werden sollen, um dann die Grundlage für neue Verhandlungen zu liefern.

Den vollständigen Antrags-text gibt es unter:

<http://tiny.cc/schulkonsens>

NEUE WEGE IM UMGANG MIT CANNABIS

Rot-Grün bringt Initiative zur Entkriminalisierung und kontrollierten Abgabe auf den Weg

In Deutschland ist der Besitz von Cannabis strafbar – und dennoch gesellschaftliche Realität: Jeder dritte Erwachsene hat Erfahrung mit der Droge gemacht. Allein das macht deutlich: Das Verbot von Cannabis ist wirkungslos, hat aber auf der anderen Seite für die Konsumenten erhebliche negative Folgen. Sie werden als Kriminelle gebrandmarkt es drohen Anklagen und Gefängnisstrafen – und durch die Angewiesenheit auf Dealer entsteht nicht selten der Kontakt zu kriminellen Milieus und härteren Drogen.

Die rot-grüne Koalition will daher neue Wege gehen und macht sich – unter Beachtung eines strengen Jugendschutzes – für Modellversuche zur kontrollierten Abgabe von Cannabis sowie für die Entkriminalisierung der Nutzer stark. Mit dieser Forderung steht Bremen keineswegs allein: Neben einem Bündnis von mehr als 120 Strafrechtsprofessoren hat beispielsweise auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) bereits Stellung

bezogen und plädiert für eine Entkriminalisierung von Haschisch und Marihuana.

„Die größte Nebenwirkung von Cannabis erzeugt gegenwärtig nicht die Droge selbst, sondern die repressive Drogenpolitik“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, und ergänzt: „Die absolut überwiegende Zahl der Cannabis Konsumenten lebt ein normales Leben.“



Steffi Dehne, gesundheitspolitische Sprecherin.

Klar sei: Menschen mit problematischem Drogenkonsum brauchen Hilfe. Aber die bisherige Strafverfolgung habe auch für sie nur negative Folgen. Dehne: „Heute ist es so, dass Menschen, die durchs Kiffen in Schwierigkeiten geraten, die entsprechenden Hilfsangebote oft nicht nutzen – weil sie Angst haben, dann als ‚kriminell‘ zu gelten.“

Ein Ziel der rot-grünen Initiative ist es daher, den Besitz von Cannabis zum Eigengebrauch nicht mehr strafrechtlich zu verfolgen und auch den Eigenanbau von Cannabis-Pflanzen zum Eigenbedarf zu gestatten – wenn Kinder keinen Zugang dazu haben. Dies sei nicht nur im Sinne der Konsumenten, sondern führe zudem zu einer erheblichen Entlastung der Justiz, sagt Dehne: „Wir wollen nicht, dass dutzende Polizistinnen und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz kiffende Menschen strafverfolgen. Sie sollen sich auf Dealer konzentrieren können“, so Dehne. ■

INFO:



„Spielräume nutzen für neue Wege in der Cannabispolitik“: Die Fraktionen von SPD und Grünen bringen eine Initiative zur Entkriminalisierung von Konsumenten und zur kontrollierten Cannabis Abgabe auf den Weg.

Der Antrag findet sich hier: <http://tiny.cc/hbccannabis>